

Lahnsteiner Tageblatt



Kreisblatt für den
Einziges amtliches Verkündigungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.

Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Er scheint täglich
werktags. — Anzeigenpreis:
die einpaltige kleine Zeile
25 Pfg., auswärtsige An-
zeigen 30 Pfg.

Nr. 137.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schildel
(Joh. Fritz Robt.) Oberlahnstein.

Dienstag, den 1. Juli 1919.

Verantwortlich:
Schriftleiter Fritz Robt. Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Abchrift.

Oberpolizeigerichts-Sitzung vom 12. 6. 1919.

Elisabeth Oberschwärmer in Frankfurt	Übertretung der Verordnung über Verleumdung	Freige- sprochen (zum festge- setzten Ter- min nicht erschieden)
Manfred Heinrich Hendrichsheim	Zurückhaltung eines deutschen Militärkraftwagens	1 Monat Gefängnis und 50 Mk. Geldstrafe (zum festge- setzten Ter- min nicht erschieden)
Manfred Heinrich Albert Hendrichsheim	Schlägerei	6 Monate Gefängnis (zum festge- setzten Ter- min nicht erschieden)

Der Untersuchungsrichter:
gez. St. Liber.

An den Herrn Kreisverwalter
des Kreises St. Goarshausen.
Der Staatsanwalt:
gez. Dupin.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 24. Juni 1919.
Der Landrat: J. B. Jann.

Abchrift.

Ober-Polizeigerichts-Sitzung vom 13. 6. 1919.

Thomas, Karl Weisel	Lebensmitteltransport in das unbesetzte Gebiet	200 Mark Geldstrafe
Wittert, Georg Weisel	bezgl.	300 Mark Geldstrafe
Georg, Heinz Niederlahnstein	Übertretung der Verordnung über die Öffnung der Wirtschaften.	400 Mark Geldstrafe
Albert, Karl Niederlahnstein	do.	freige- sprochen
Wittke, Heinrich Wagel	Diebstahl fsg. Lebensmittel	18 Tage Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe

St. Goarshausen, den 13. Juni 1919.

Der Staatsanwalt:
gez. Dupin.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 24. Juni 1919
Der Landrat: J. B. Jann.

Die nächsten unentgeltlichen Sprechstunden für unbe-
mittelte Lungenerkrankte werden am

Montag, den 7. Juli 1919

Vormittags von 9—1 Uhr

durch den Kreisarzt, Herrn Geh. Medizinalrat Dr. Mayer
im städtischen Krankenhaus abgehalten.

St. Goarshausen, den 20. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.: Dr. Jann.

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Die Frist für die Ratifizierung.

Rotterdam, 30. Juni. Die „Times“ meldet aus
Paris: Nach einem Beschluss der alliierten und assoziierten
Regierungen soll die Ratifizierung des Friedens mit
Deutschland in allen Parlamenten der alliierten und assozii-
erten Staaten innerhalb Monatsfrist erfolgen.

Genf, 30. Juni. Der „Secolo“ meldet aus Paris:
Nach der Ratifizierung des Friedens werden die diplo-
matischen Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenom-
men werden. Die Blockade, deren offizielle Aufhebung erst
mit der Ratifizierung des Vertrags eintritt, dürfte schon in
den nächsten Tagen für Lebensmittel und Rohstoffe praktisch
nicht mehr zur Durchführung gelangen.

Unerfüllbare Vertragspunkte.

Rotterdam, 30. Juni. „Daily News“ meldet: Die
Unterzeichnung des Friedensvertrages macht eine parla-
mentarische Opposition dagegen zwecklos. Einsichtige Po-
litiker wie Lord Lansdowne wollen lediglich eine Abschwä-
chung der unerfüllbaren Vertragspunkte herbeizuführen
versuchen.

China verweigert seine Unterschrift.

Paris, 30. Juni. Die chinesischen Delegierten haben
den Friedensvertrag nicht unterzeichnet. Die Erklärung
des chinesischen Botschafters besagt, daß der Beschluß der Konfe-
renz, Japan die deutschen Rechte in Schantung zu über-
tragen, einen neuen Protest notwendig machte und daß da-
her die chinesische Regierung gezwungen sei, im Hinblick auf
den Widerstand der öffentlichen Meinung die Annahme der
in Frage kommenden Klausel abzulehnen.

Wilson's Heimfahrt.

Paris, 30. Juni. Wie aus Brest gemeldet wird,
traf Wilson's Extrazug um 11,40 Uhr am Arsenal ein.
Brest, 30. Juni. Reuter: Wilson fuhr nach Newyork
ab.

Paris, 30. Juni. Lloyd George ist nach London
abgereist.

Aufrechterhaltung der Blockade.

Versailles, 30. Juni. Clemenceau ließ dem Vor-
sitzenden der deutschen Friedensdelegation folgende Note
zugehen:

„Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen mitzutei-
len, daß das Waffenstillstandsabkommen die Aufrechterhal-
tung der Blockade vorsieht, und daß dieses Abkommen so
lange in Kraft bleibt, bis der Austausch der Noten über die
Ratifizierung stattgefunden hat. Die Alliierten sind aber
bereit, die Blockade aufzuheben, sobald die Ratifizierung
ihnen durch die deutsche Regierung ausgedrückt worden
ist. Genehmigen Sie, Herr Präsident uvm.“
gez. Clemenceau.

Der Anschluß an Polen.

Berlin, 30. Juni. Die Verhandlungen westpreu-
sischer und deutsch-polnischer Volksräte mit dem polnischen
Volksrat in Thorn haben begonnen. Von deutscher Seite
erstreckt man die Errichtung eines deutsch-polnischen Bundes-
staates in den von Preußen abzutretenden Gebieten mit
eigener Verwaltung, jedoch angegliedert an Kongresspolen
und Galizien.

Helsingfors, 30. Juni. Nach hiesigen Blätter-
meldungen ist die Nachricht von der Einnahme Peterhofs
noch verfrüht. Jedoch ist man allgemein der Ansicht, daß
die Einnahme nahe bevorsteht. Nach zuverlässigen Berich-
ten hat sich Admiral Koltshat gegen eine Besetzung Peters-
burgs durch die Finnen oder Estländer erklärt. Koltshat
ist gegen ein etwaiges Bündnis mit Finnland.

Der Bezirk Allenstein.

Der Regierungsbezirk Allenstein mit rund 12 035 Qua-
dratkilometern (die Provinz Ostpreußen umfaßt 36 882
Quadratkilometer) soll durch Volksabstimmung entscheiden,
ob er künftig zum Deutschen Reich oder zu Polen gehören
wird. Der am 1. November 1905 neu gebildete Regierungs-
bezirk umfaßt 10 Kreise mit etwa 530 000 Einwohnern,
gegenüber 2 044 726 in der Provinz Ostpreußen nach der
letzten Volkszählung. Der Bezirk umfaßt die sogenannte
Landchaft Masurien und Teile von Ermland und Ober-
land. Was hier seit 1905 zur Hebung des Wohlstandes
und der Bildung geschehen, mußte man vor dem Aus-
bruch des Krieges gesehen haben. Masurien hat durch den
Kusseneinfall im Jahre 1914 schwer gelitten; aber was die
verschiedenen Verwaltungszweige für den Wiederaufbau
getan haben, bedarf der rückhaltlosen Anerkennung. Große
Bedeutung hat für die Volksernährung der Fischreichtum
der zahlreichen masurischen Seen und ebenso die 96 445
Hektar große Johannisburger Heide mit 14 Oberförstereien.
Die ostpreussischen Masuren fühlen sich durchaus als
Deutsche.

Kaiser und Kronprinz.

Berlin, 30. Juni. Nach Meldungen französischer
Blätter hat der Kaiser eine Note gerichtet,
in der eine schärfere Überwachung der Hohenzollern be-
fohlen wird.

Der Verkehr zwischen dem besetzten u. unbesetzten Gebiet.

Mainz, 30. Juni. Der heftigste Ministerpräsident
Ulrich hatte am 27. Juni nachmittags dem General Man-
gin im Schloß den ersten Besuch ab. Die Unterhaltung be-
traf in der Hauptsache die Regelung von Fragen, die sich
auf den Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Ge-
biet nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages bezie-
hen. Bei dieser Gelegenheit verfehlte der Ministerpräsi-
dent nicht, seine Verwahrung gegen die dortigen Repu-
blik auszusprechen. Bald darauf erwiderte General Man-
gin den Besuch in der Wohnung des Oberbürgermeisters.
Die Unterhaltung wurde in verbindlicher Form geführt.

Was geht in Rheinlande vor?

Köln, 30. Juni. In der gestrigen Hauptversamm-
lung der sozialdemokratischen Vertreter machte der Abge-
ordnete Eismann Mitteilungen über den Stand der Trei-
bereien zur Herbeiführung der westdeutschen Republik.

„Die sozialdemokratische Partei lenkt die öffentliche Auf-
merksamkeit darauf hin, daß neuerdings Elemente, die dem
Zentrum und einigen Zentrumszeitungen nahestehen, am
Werke sind, um entgegen den Erklärungen der offiziellen
Parteileitung Putzsch zur Ausrufung der rheinischen Re-
publik vorzubereiten.“

Aus dem Kreise unserer Leser erhalten wir folgende
Zuschrift, die wir deshalb weitergeben, weil die Forderung
nach Klarheit uns berechtigt erscheint. Sie lautet u. a.:

Es ist endlich an der Zeit, das rheinische Volk samt
und sonders darüber aufzuklären, was hinter den Kulissen
verhandelt wird. Eine ehrliche Sache braucht das Licht des
Tages nicht zu scheuen. Das aber schadet der Sache am al-
lermeisten, daß man die Bevölkerung im Unklaren über ihre
Schicksal läßt. „Völker sollen nicht wie Schachfiguren hin-
und hergeschoben werden!“ Die Heimlichkeit aber gibt un-
kontrollierbaren Gerüchten den besten Nährboden. Nun so
ist es verständlich, daß man einigen Personen in Lahnstein
Dinge nachsagt, die „bei Licht besehen“, wohl anders aus-
sahen würden. In diesem Falle ist Reden mehr als
Gold — für beide Teile!

Aufhebung des Streikerlasses.

Berlin, 30. Juni. Der Streikerlass des Reichswehr-
ministers ist Sonntagabend aufgehoben worden. Die
Aufhebung ist sofort allen Berliner Eisenbahndienststellen
bekannt gegeben worden.

Der Verkehrsstreit in Berlin.

Berlin, 30. Juni. Der Ausstand der Eisenbahner
dauert, wie schon gemeldet, weiter an. Die der Regierung
nahestehenden Politisch-Parlamentarischen Nachrichten be-
merken dazu: „Trotz der Aufhebung aller Organisations-
leiter, daß nach der Aufhebung des Moskauer Streikver-
botes die Arbeit wieder aufgenommen würde, dauert der
Streik an, und viele Streikposten hielten die Leute, die zur
Arbeit kommen wollten, davon ab.“ Höhnisch werde an
vielen Orten von den Ausständischen erklärt, daß es sie
wenig kümmere, wenn in Berlin eine Anzahl von Frauen
und Kindern verhungerte. Die Allgemeininteressen würden
in frivoler Weise außer acht gelassen. Es werde also Pflicht
der Regierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß unabseh-
bares Unheil von der Bevölkerung abgewandt werde. Da
die Anordnung der Organisationsleiter keine Beachtung
finde, sei bestimmt worden, daß jedem Versuch, den Eisen-
bahnverkehr weiter zu unterbinden und durch Terroris-
mus die Aufnahme der Arbeit zu verhindern, mit größtem
Nachdruck entgegengetreten werde.

Berlin, 30. Juni. In Rummelsburg bei Berlin
tagte eine Versammlung der Eisenbahner, die vom Aus-
standsanschluß einberufen war. Der erste Redner wandte
sich gegen die Regierung, die selbstherrlich den Ausstand
als beendet erklärt habe. Die Arbeiter würden sich nicht
mit Brocken abfeilen lassen, sie forderten Fürsorgestellen
für Kriegsbeschädigte. Ein anderer Redner forderte die
Arbeiter auf, die Lebensmittelzufuhr zu sperren. 4 1/2 Jahre
hätten sie für das Kapital gehungert, jetzt müsse das Ka-
pital auch einmal Unannehmlichkeiten erleben. Vertreter
der Metallarbeiter und der Holzarbeiter brachten ihre Sym-
pathien mit den ausländischen Eisenbahnern zum Aus-
druck. Es wurde eine Entschädigung angenommen, die Ein-
spruch gegen die Verhaftung der Eisenbahnräte erhebt. Die
Funktionäre des Eisenbahnerverbandes wendeten sich dagegen,
daß dem Ausstand ein politischer Charakter beigelegt werde.
Sie fordern eine Entschädigungszulage von 600 Mk für die
Arbeiter, von 800 Mk für die Beamten und von 150 Mk für
die Jugendlichen. Die Regierung ist entschlossen, den kom-
munistischen Putzschversuchen den entschiedensten Widerstand
entgegenzusetzen. Man erwartet, daß sie die Eisenbahn-
werkstätten Berlins ebenso auflösen wird wie vor kurzem
die Spandauer Heereswerkstätten.

Die militärische Besetzung Hamburgs.

Hamburg, 30. Juni. Ein Ausbruch der Hamburger
Arbeiterkassette wurde gestern von General von Lettow-Vor-
beck, dem Oberbefehlshaber der Reichswehr, in Ham-
burg empfangen. Der Ausbruch sprach den Wunsch aus,
daß jetzt, da Ruhe und Ordnung herrschen, die Hamburger
Volkswehr die Entwaffnung durchführe, die Einmarsch
der Truppen unterbleiben möge. General von Lettow er-
klärte darauf, daß der Einmarsch auf den Befehl der Reichs-
regierung erfolge und notwendig sei 1. zur planmäßigen
Durchführung der Entwaffnung, 2. zur vollständigen Re-
organisation der Sicherheitswehr und 3. zum Schutz der
Lebensmittelzufuhr nach der Tschecho-Slowakei.

Hamburg, 30. Juni. Am Auftrage des Militär-
Oberbefehlshabers und Generalmajors v. Lettow-Vorbeck
gibt der Kommandant von Groß-Hamburg bekannt, um
Mißverständnisse beim Einrücken der Reichswehr zu ver-
hindern, daß für die Dauer der Anwesenheit des Korps
Lettow-Vorbeck die Volkswehr beurlaubt sei. Die Mann-
schaften beziehen ihre Gehaltszahlungen bis zum 31. Juli weiter.

Gegen Wucherer und Schieber.

Berlin, 29. Juni. Zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände ist jetzt nach dem ergänzenden Befehl des Reichswehrministers ebenso wie gegen die Unruhestifter und Plünderer mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Wucherer und Lebensmittelschieber einzugreifen.

Verschiedene politische Nachrichten.

Berlin, 30. Juni. Der deutsche Botschafter Graf Bedel in Wien hat amtlich um seine Versetzung in den Ruhestand gebeten.

Amsterdam, 30. Juni. Der „Daily Mail“ berichtet, daß in Irland eine neue politische Bewegung eingesetzt hat. Horace Plunkett unternahm Schritte zur Bildung einer irischen Dominion und findet dabei viel Unterstützung.

Haag, 29. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Die Ziffern der Verluste, die Frankreich im Kriege erlitten hat, sind nunmehr festgestellt. Danach beträgt die Anzahl der Toten und Vermissten 1 285 000, wobei 67 000 Farbige nicht mit eingerechnet sind. Die Zahl der Verwundeten, ohne die Leichtverwundeten, beläuft sich auf 2 560 000. Die Gesamtsumme der Verluste beziffert sich auf 3 845 000, wobei die Verluste der Kolonien nicht eingerechnet sind. Auf die rein französische Bevölkerung von Frankreich, Alger, Tunis und Marokko zusammengerechnet, beläuft sie sich auf 9,38 v. H. der Gesamtbevölkerung.

Stockholm, 30. Juni. Laut Svenska Dagbladet hat die Abstimmung auf den Mandschinenten zu folgendem Ergebnis geführt: 94,4 v. H. der männlichen Bevölkerung stimmen für den Anschluß an Schweden. Die schwedische Presse fordert unter Hinweis darauf, daß dies die erdrückende Mehrheit darstelle, erneut, daß der Wunsch der ausländischen Bevölkerung erfüllt werde.

Preussische Landesversammlung

Berlin, 27. Juni. (Schlußbericht.)

Die Lage des Eisenbahnerstreiks.

Finanzminister Dr. Sadekum: Die Regierung richtet von dieser Stelle aus sichtlich im Einverständnis und unter Beteiligung der übergroßen Mehrheit des Hauses, an die Beamten und Arbeiter der Eisenbahn die dringende Mahnung, ihren Dienst, der Dienst am Vaterland ist, nicht zu verlassen, sich nicht zur Unbesonnenheit hinreißen, sich nicht politisch mißbrauchen zu lassen. (Stürmischer Beifall.) Die Beamten im besonderen werden dabei nicht außer acht lassen dürfen, daß sie sich durch das Eintreten in einen Streik und durch Verharren in demselben eines schweren Verbrechens schuldig machen. Ich weise nicht nur darauf hin, daß das Disziplinargesetz die eigenmächtige Entfernung vom Dienst unter schwere Rechtsfolgen stellt, sondern namentlich mit Nachdruck darauf, daß durch eine längere andauernde Lahmlegung unserer Verkehrseinrichtungen durch einen Streik die Finanzen des Staates sicher und so gründlich gerüttelt werden, daß an eine Weiterleistung der Gehaltszahlungen, Pensionen und Hinterbliebenenbezüge nicht mehr zu denken sein wird. (Lebhaftes Hört, hört! Lärm bei den Unabhängigen.) In der schwersten Stunde unseres Landes das Amt zu verlassen, ist nicht Sitte preussischer Beamten gewesen und darf nicht Sitte preussischer Beamten bleiben. Es ist sicherlich nur eine Verirrung oder, was viel wahrscheinlicher ist, eine Irreführung, daß ein Teil der Beamten seine Pflicht in dem Maße hat verkennen können, wie es der Fall gewesen ist. (Zuruf des Abg. Adolf Hoffmann: Da habt ihr euren Breitenbach wieder!) Die Regierung erkennt die schwere Notlage der untern und mittleren Staatsbahnbeamten voll an. Sie ist auch bereit, sobald der Betrieb wieder aufgenommen ist und die Organisationen ihre Mitglieder wieder in der Hand haben, zu helfen, soweit sie überhaupt dazu in der Lage ist. Darüber wird Ihnen der Eisenbahnminister noch näheres mitteilen. Die von uns beschlossenen Maßnahmen, die die Befriedigung der

Organisationen der Arbeiter und Beamten hervorgerufen haben, legen dem preussischen Staat voraussichtlich eine finanzielle Last von mindestens 500 Millionen Mark in den nächsten drei Monaten auf, und das ist das Äußerste, was wir leisten können. Während wir nach Erhöhung der direkten Steuern und der Eisenbahntarife mit einem Defizit von 800 Millionen Mark abschließen zu können glaubten, liegen heute die Dinge so, daß allein die Staatsbahnen in diesem Jahr, wenn das zweite Halbjahr sich nicht ganz wesentlich vom ersten zu seinen Gunsten unterscheidet mit einem Fehlbetrag von 3800 bis 4000 Millionen Mark abschließen werden. (Große Bewegung.) Daß unter diesen Umständen eine geordnete Verwaltung nicht aufrechterhalten werden kann, ist selbstverständlich, da es Grundgesetz aller Staatsverwaltungen sein muß, daß die Betriebsverwaltungen zum mindesten ihre eigenen Ausgaben decken. Bei diesem Etatansatz hatten wir Ende April eine schwebende Schuld von sechs Milliarden, Ende Juni von acht Milliarden Mark, so daß ich mit dem mir bewilligten Kredit von zehn Milliarden Mark nicht werde auskommen können, sondern demnächst mindestens vier Milliarden neue Kredite verlangen muß. (Lebhaftes Hört, hört!) Dabei haben wir immer noch das bisherige Preußen in Rechnung gestellt. Es steht aber fest, so unübersehbar im übrigen die Wirkungen des Friedensschlusses sind, daß wir reiche Gebiete unseres Landes, daß wir die Zugänge zu ansehnlichen Teilen unserer Kohlen- und Eisenschätze, daß wir ein großes Ueberschußgebiet an landwirtschaftlichen Produkten verlieren, daß wir aber dafür eine große Zahl von Beamten und Arbeitern aus den abzutretenden Gebieten mit allen Lasten auf den Etat zu übernehmen haben. Daß wir also erheblich weniger Einnahmen und eine schmerzliche Steigerung unserer Ausgaben bei empfindlich geschwächter Volkskraft aufweisen. Wir brauchen nicht zu verzweifeln, wenn unser Volk wieder zur Arbeit kommt und die alte Arbeitsfreudigkeit wiedergewinnt. Wenn das aber nicht geschieht, dann werden die Eisenbahner ihren Volksgenossen den letzten Dienst erweisen können und sie zu den Häfen bringen, von wo sie nach andern Ländern auswandern können. (Große Bewegung.)

Eisenbahnminister Dejer: Ein Eisenbahnerstreik würde zur äußeren Blockade die innere bringen. Wir verstehen die wirtschaftlichen Beweggründe, aber daneben laufen uneingestanden und von den meisten Beteiligten nicht gemeist politische Triebfedern. Die Gesamtforderungen der Eisenbahner belaufen sich auf etwa 4 Milliarden Mark. Der Fehlbetrag der Eisenbahnen würde sich in einem Jahre auf 7 Milliarden stellen. Es ist ausgeschlossen, diese Beträge durch Steuern aufzubringen. Eine Tarifierhöhung ist ebenfalls praktisch ausgeschlossen. Sie wäre gleichbedeutend mit dem Erliegen des wirtschaftlichen Lebens. Der einzige Weg, wie auch von den Eisenbahnern anerkannt wird, ist eine Senkung der Lebensmittelpreise.

Hier ist es erfreulicherweise gelungen, zu einem Ueberkommen zu gelangen. 1½ Milliarden sollen aufgewandt werden vom Reich, vom Staat und den Gemeinden, um eine Senkung der Preise herbeizuführen, und zwar soll das zum erstenmal schon in der Woche vom 6. bis 13. Juli geschehen. (Beifall.) Reis soll statt 3 Mark nur 1,75 Mark das Pfd. kosten, Hülsenfrüchte statt 2 M nur 1,25 M, das Zugabe-mehl statt 2,20 M nur 80 Pfg., das ausländische Fleisch statt 11 nur 5 M, Speck statt 8 nur 4 M, Kartoffeln statt 25 bis 33 Pfg. nur 12 Pfg. das Pfd., die neuen Kartoffeln 14 Pfg. Der Erfolg dieser Maßnahme ist, daß die Ausgaben sich in der Woche um 27 Mark verringern werden. (Beifall.) Es ist eine großzügige Maßregel, die erhebliche Kosten macht, aber wir sind der Ueberzeugung, daß man diese Kosten für die nächsten drei Monate aufbringen muß, weil man damit eine Gesundung und Zufriedenheit erreichen kann. Daneben wird von der Arbeiterschaft noch die Demokratisierung der Betriebe verlangt.

Die Einführung des Räteystems hat die Regierung ab-

gelehnt. Das geschah in erster Linie in Rücksicht auf den Plan, daß der Eisenbahnbetrieb reiblos in die Verwaltung durch die Arbeiter übergeführt werden sollte. Dem konnten wir nicht zustimmen, weil die Eisenbahnverwaltung ein Volksunternehmen ist. Wir wurden aber auch zur Wahrung dieser Forderung gezwungen durch ausfallende Bemerkungen, die im Zusammenhang mit dem Plan gefallen sind und die wir für volksfeindlich halten mußten. Es wurde ausgesprochen: „Wer die Eisenbahn besitzt, hat die Hand an der Gurgel des Staates.“ (Lebhaftes Hört, hört!) Es kam hinzu, daß Flugblätter hinausgingen, in denen als Ziel des Streiks die Diktatur des Proletariats hingestellt wurde. In dem Lokal des Deutschen Eisenbahnerverbandes sind solche Flugblätter gefunden worden. (Hört, hört!) Die Vertreter des Verbandes haben uns durchaus glanhast und loyal erklärt, daß sie ein Verschulden nicht trifft. Die Flugblätter sind vielmehr von dunkler Seite eingeschmuggelt worden. (Lebhaftes Hört, hört!) Wenn wir die Rätebestimmung abgelehnt haben, so wollen wir durchaus demokratischen Geist auch in die Betriebe einführen. Bei der Durchführung des Reichsgesetzes über die Betriebsräte verlangt die Staatsbahn keine Ausnahme für sich. (Lebhafter Beifall links.) Voraussetzung bleibt natürlich, daß die Ungehörigkeit des Zugverkehrs nicht beeinträchtigt wird. Wir sind aber ehrlich und aufrichtig entschlossen, das Reichsgesetz über die Betriebsräte auch für die Staatsbahn durchzusetzen, und erlauben die betreffenden Stellen, das Gesetz so bald wie möglich zu verwirklichen. (Lebhafter Beifall.) Die Arbeitervertreter haben ausgesprochen, daß sie die Haltung der Regierung verstehen und billigen und den ausgebrochenen Streik so bald wie möglich einzustellen wünschen. Wir zweifeln nicht daran, daß sie alles tun werden, was in ihren Kräften steht, und wir hoffen daß sie Erfolg haben werden.

Brandenburg (Soz.) führt u. a. aus: Unsere Volkstschafft wäre durch die Bewilligung der Forderungen rasch erschlagen worden. Es gibt Verufe, die sich in noch bedrohlicher Lage befinden und die doch ihre Pflicht getan haben, weil sie wissen, daß wir ein armes Volk geworden sind, daß wir die schädlichen Folgen des furchtbaren Friedensvertrages nur durch Disziplin und eiserne Pflichterfüllung überwinden können. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Frenzel (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu den Ausführungen der Minister. Wir vertrauen, daß die Eisenbahner ihre glänzende Pflichterfüllung die sie immer ausgezeichnet hat auch in dieser schweren Stunde betätigen werden. (Beifall.)

Dr. Klingemann (Deutschl.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde und hofft, daß die verhängnisvolle Verkehrsstörung dank der Besonnenheit und dem Pflichtgefühl der Eisenbahner vermieden werde.

Garnich (D. Ep.) erklärt die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu den Ausführungen der Minister und sagt für die Einführung der Demokratisierung in der Eisenbahnverwaltung ernsthafte Mitarbeit zu.

Paul Hoffmann (N. Soz.) hält eine Agitationsrede. Prust (Ztr.) erklärt, im Hauptauschuß hätten alle Parteien bei der Lösung dieser Frage mitgewirkt, nur Herr Paul Hoffmann habe geschwiegen. (Lebhaftes Hört, hört! Lärm der Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Minister Dejer dankt der großen Mehrheit des Hauses für ihre Zustimmung.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 1. Juli.

1.: Juni-Juli. Der Rosenmonat ist zu Ende gegangen. Mit ihm ist die erste Hälfte des Jahres in den unendlichen Zeitelauf gesunken, eine Spanne Zeit, der wir keine Träne nachzuweinen brauchen. Streik auf Streik, Unruhen und Aufrände waren stets auf der Tagesordnung

Glühender Lorbeer.

Roman von A. Seyffert-Klinger.

309

(Nachdruck verboten.)

„Sie glaubte mir aufs Wort“, fuhr Linden fort. „Ich beschwor ich, meine läche Behauptung nicht Lügen zu strafen. Nur widerwillig bequeme er sich zu der, allerdings nicht gerade würdigen Rolle, welche ich ihm aufdrängte. Ich redete so lange, bis er nachgab; glaubte ich doch wirklich, daß er Tüchtiges leisten werde, wenn Nahrungsorgen ihn nicht mehr peinigten.“

Ich schüttelte den Kopf; ein solches Spiel mit den Schicksalen anderer Menschen erschien mir frevelhaft, und auch noch heute kann ich so wenig Linden wie seinen Freund verstehen.

Er erkannte recht wohl, daß ich ihn und seinen Freund verurteilte.

„Ich muß von Sinnen gewesen sein, daß ich mich auf den unlauteren Handel einließ“, fuhr er auf, „ich hätte es drauf antommen lassen sollen. Mein Freund hätte sich gewiß noch besonnen, sich das Leben zu nehmen. Aber es ist geschehen, und keine Reue imstande, den dunklen Fleck aus meinem Leben fortzulöschen.“

Ich fand kein Wort des Trostes. Mein Vertrauen zu Linden war erschüttert.

Da sah ich Linden meine beiden Hände in leidenschaftlichem Flehen. „Ein unsterblicher Geselle bin ich durch diese ungeliebte Beschäftigung geworden. Ich fliehe die Kollegen und komme mir vor wie ein Begehrter. Ich habe mich an meiner Kunst vergangen und fürchte die Rache derselben. Durch Sie wurde ich von meinem Elend abgelenkt, ich hatte es wirklich vergessen, daß ich mir die Anwartschaft auf Glück verschärzte.“

Beschwörend sah er mir in die Augen, so daß ich den Blick unwillkürlich senken mußte.

„Ich verspreche Ihnen, mein Unrecht gutzumachen. Ein Wert will ich schaffen, welches all meine bisherigen Leistungen übertrifft. Dadurch hoffe ich, mir Ihr Ver-

trauen zurückzugewinnen. Darf ich Sie auffuchen, Marion, wenn ich mir in der nächsten Ausstellung die goldene Medaille geholt habe?“

„Mir war es unmöglich, ihm diese Bitte abzusprechen.“

Da atmete er tief, wie von banger Qual befreit. „Warten Sie auf mich, wir sehen uns wieder!“

Ehe ich es hindern konnte, hatte er meine beiden Hände mit heißen Küßen bedeckt. Dann ging er rasch davon, ohne zu fragen, wo ich zu finden sei.

Seither habe ich nichts wieder von Linden gehört.“

Frau Marion seufzte tief auf und lehnte sich weit zurück. Im Geiste schien sie noch einmal jene Tage reinsten Glückes zu durchleben, wo sie unbewußt einer Hoffnung Raum gegeben, deren Erfüllung sie für das Glück einer freudlosen Ehe reich entschädigt haben würde.

Noch ehe sie ihre Gedanken auf die Gegenwart lenken und weiterdenken konnte, vernahm sie ein Geräusch.

Die Außentür des Nebenzimmers war geöffnet worden, Schritte näherten sich und machten vor der Portiere, welche die beiden Räume trennte, halt.

„Darf ich näherkommen, Marion?“ fragte Reinholds Stimme.

„Bitte!“ lautete die in fählem Ton gegebene Antwort.

Marion klappte ihr Tagebuch zu, barg es rasch in einem Fach des Schreibtisches und lehnte sich zurück.

Wie gebannt blieb Beesow hart an der Schwelle stehen. Das Bild, welches sich ihm bot, entzückte sein Künstlerauge.

Von einer purpurfarbenen Draperie hob sich Marions feines Köpfchen in unbeschreiblicher Lieblichkeit ab. Noch lag in ihren großen dunklen Augen ein Ausdruck von süßer Träumerei und leiser Sehnsucht. Sie hatte den Ellbogen auf die Lehne des reichgeschmückten Sessels und den Kopf in der Linken gestützt. In dem fließenden schwarzweiß gemusterten Seidenkleide mit der rundgeschneittenen Spitzenpasse um den schlanken Hals war sie von wahrhaft mädchenhafter Anmut umflossen.

„So möchte ich Sie malen, Marion“, jagte Beesow,

immer noch wie gebannt jede Linie des zarten Profils studierend. „Wollen Sie mir einige Sitzungen gewähren?“

Marion war so überrascht, und so widerspruchsvolle Stimmen erhoben sich in ihrem Innern, daß sie zu antworten vergaß.

„Wie kommen Sie darauf?“ fragte sie, ihn erstaunt mit den großen Augen fixierend.

„Ist mein Wunsch nicht sehr gerechtfertigt? Ich könnte lange suchen und würde ein so herrliches Modell doch nicht zum zweiten Male finden. O bitte, bleiben Sie noch wenige Minuten in dieser Stellung.“

Doch mit großem Protest richtete die junge Dame sich auf. Ein Blick verächtlichen Spottes traf den Sprechenden. Schon formten die schönen, zartrosigen Lippen, die für jeden ein bezauberndes Lächeln hatten, ein böses, verlegendes Wort, da, noch zur rechten Zeit gewahrte Marion die tiefen Falten, welche sich von der Nasenwurzel zum Munde des Künstlers hinabzogen, schlaflose Nächte, Kampf und innere Zerrissenheit verrieten.

Rein, sie konnte ihm doch nicht so ohne weiteres wehe tun, trotzdem sie ihm Verachtung, ja Haß entgegenbrachte, einen ehrlichen, zornigen Haß, wie sie meinte; war Beesow doch schuld daran, daß sie die Idylle in dem weltfernen, grünen Gebirgswinkel vorzeitig und unbefriedigten Herzens verlassen hatte.

Aber was wollte der „Stümper“, der Betrüger denn von ihr? War sie ihm gerade gut genug, seinen Dislettismus an ihr zu erproben?

Beesow bemerkte ihr Zaudern, ihre Abwehr, und beschwörend fuhr er fort:

„Lassen Sie mich nicht vergeblich bitten, Marion! Daß ich Sie malen will, ist kein spontaner Einfall, sondern das Ergebnis heißer Kämpfe, verzweifelter Ringens. Sie können nicht erweisen, wieviel für mich davon abhängt, daß ich meinen Schaffensdrang betätige.“

Reinhold zitterte vor dem Rein, welches seiner schönen Schwägerin auf den Lippen schwebte.

Sie hatte sich aus ihrer zusammengeschmiegtten Haltung ausgerichtet, ihre warmen Märgen blickten kühl und abwehrend.

(Fortsetzung folgt.)

eines Volkes, das durch die unfählichen Entbehrungen und Anstrengungen der Kriegsjahre ein seinem Innersten erschütterter, die ernste Lage in die es nach dem Waffenstillstand gekommen, nicht mehr zu erkennen imstande ist. Die innerpolitischen Durcheinander wurde dann die Krone durch den „Frieden“ aufgesetzt, mit dem uns der letzte Monat des Halbjahres noch zu guterleht beglückte. Wie sich die zweite Hälfte des Friedensjahres gestalten wird, entzieht sich unserer Betrachtung. Sicherlich wird sie uns keine Rosen streuen, nach der ganzen Lage der bestehenden Verhältnisse. Trotzdem aber hoffen wir, daß, allerdings nur bei Anspannung aller Kräfte und bei der Mitarbeit jedes einzelnen, die Möglichkeit zu einer Besserung in jeder Hinsicht gegeben ist.

Ein Aufruf der rheinischen Zentrumspartei, der sich gegen die Sonderbestrebungen wendet, ging nach Schluß der Redaktion ein. Wir werden ihn in der morgigen Nr. veröffentlichen.

! Haferstroh ist angekommen und wird heute an den Besteller auf dem Güterbahnhof ausgegeben.

! Gold für Lebensmittel. Am 15. Juni ist zum ersten Male der Goldbestand der Reichsbank unter die Jiffer gesunken, die er unmittelbar vor Kriegsbeginn zeigte. Das Ergebnis der gesamten Goldsammlungen während des Krieges und der sonstigen Goldaufkäufe der Reichsbank ist damit zunichte geworden.

! Reichsbanknoten. Wie verlautet, stellt die Reichsbank den weiteren Druck und die Ausgabe der 50-Marknoten ein, dagegen sollen wieder 100-Marknoten zur Ausgabe gelangen. Zu dieser Maßnahme scheint das Mißtrauen Anlaß gegeben zu haben, das allgemein im Publikum gegenüber den in unzulänglichem Druckverfahren hergestellten 50-Marknoten besteht.

! Die Erhaltung der Namen bürgerlicher Familien. Infolge des Krieges stehen viele Familien, namentlich in bürgerlichen Kreisen, vor der Gefahr des Aussterbens der Familiennamen. Das preussische Ministerium des Innern hat deshalb angeordnet, daß Familien, bei denen infolge des Krieges ein Aussterben des Familiennamens bevorsteht, berechtigt sind, Anträge zu stellen, den aussterbenden Namen Schwiegereltern zu verleihen.

! Güterverkehr zwischen dem unbefetzten Deutschland und Gaub und Lorch. Das Interalliierte Wirtschaftskomitee hat den Güterverkehr zwischen dem unbefetzten Deutschland einerseits und den Orten Gaub und Lorch andererseits unbefristet zugelassen.

! Güterverkehr zwischen dem besetzten Gebiet. Nach Entscheidung der französischen Unterkommission in Mainz ist nunmehr der Güterverkehr der besetzten Stationen Cronberg, Eichborn, Niederhöchstadt und Weiskirchen (Taunus) auch mit dem besetzten Gebiet zugelassen. Die Leitung des gesamten Güterverkehrs von und nach den genannten Stationen und dem besetzten Gebiet hat über Höchst (Main) — Mödelheim zu erfolgen. Während der Fahrt durch die neutrale Zone werden die Wagen durch eine Militärperson begleitet werden. In dem Verzeichnis der besetzten Stationen ist die Anmerkung hinter den genannten Stationen zu streichen.

! Die „Vereinigung Kriegsbeschädigter Oberlahnsteins“ hat, wie mitgeteilt wird, ihren Namen geändert und bezeichnet sich jetzt: „Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen der Kreise St. Goarshausen, Unterlahn und Unterwesterwald“.

! Sportverein Oberlahnstein. Am Sonntag Abende der hiesige Sportverein seine 1. und 2. Mannschaft zum ersten Wettspiel gegen den Sportverein Nassau. Das Spiel war sehr gespannt u. endete mit dem Sieg des hiesigen Sportvereins. Die erste Mannschaft siegte mit 2:1 und die zweite Mannschaft mit 4:1. Das Retour-Wettspiel findet in 14 Tagen statt und zwar wieder in Nassau, da wir noch keinen Sportplatz haben.

Niederlahnstein, den 1. Juli.

! Stadtverordnetenversammlung. In der gestern Abend stattgefundenen Sitzung wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: 1. Abänderung des Vertrags mit den Main-Kraft-Werken. Herr Bürgermeister Rody gibt in längeren Ausführungen den Beschluß des Magistrats bekannt, in denen er u. a. mitteilt: Auf Grund eines im Februar erlassenen Gesetzes verlangten die M. K. W. eine bedeutende Strompreiserhöhung und gleichzeitig wesentliche Änderungen des zwischen der Stadt und den M. K. W. vor Jahren eingegangenen Vertrages. Der Magistrat habe auf dem Standpunkt, daß bei Abschluß des Vertrages die Übernahme des Elektrizitätswerkes Friedrichslegen durch die M. K. W. eine wesentliche Voraussetzung gewesen sei; die Stadt habe dabei betont, daß sie sich dadurch durch Ausnutzung der Wasserkraft bei einer steigenden Kohlenzufuhr die Stromlieferung sichern wolle. Deshalb glaube der Magistrat, im Gegensatz zu dem Standpunkt der M. K. W., Friedrichslegen sei nur ein Teil des gesamten Erzeugnisses, nicht auf die Forderungen der M. K. W. eingehen zu können, sondern es auf eine Auseinandersetzung mit dem Schiedsgericht ankommen zu lassen. Auch die Vertragsänderungen müsse die Stadt entschieden zurückweisen, besonders die Forderung, das Recht der Stadt, nach 15 Jahren als Großabnehmer aufzutreten und die Verteilung an die Kleinabnehmer selbst zu übernehmen, nochmals 5 Jahre hinauszuverschieben. Zur weiteren Stellungnahme und Prüfung der Angelegenheit wird dann auf Antrag des Magistrats eine Kommission aus den Herren Banke, Schneider und Kaulen gewählt. — 2. Anlage einer Kanalleitung. Es handelt sich um die Anlage einer Hauptkanalleitung vom Riedchen Hause bis zur Rheinstraße, in die die Entwässerung der Stadt geleitet werden soll. Das Projekt erfordert einen Kostenaufwand von 22 000 M. Der hierfür bei der Regierung nachgesuchte Uebertenerungsantrag ist in Höhe

von 10 766,87 M. bewilligt worden unter Voraussetzung der sofortigen Inangriffnahme des Projektes. Die Versammlung beschließt deshalb mit der Ausführung zu beginnen, behält sich aber vor, bei etwaigem Ausbleiben der Zuschüsse die Arbeiten nur teilweise durchzuführen. — 3. Mitteilungen. Herr Bürgermeister Rody macht bekannt, daß die Genehmigung für das Mieteinigungsamt eingelaufen sei. Nachdem hierauf an Stelle des verzogenen Herrn Lehner Herr Pinf als Beisitzer für das Mieteinigungsamt gewählt ist, tritt die Versammlung in die geheime Sitzung ein.

! Große Enttäuung hat ein Dieb erfahren, der im vergangenen Herbst in einem Garten hier Zwiebeln zu stehlen glaubte und nun, da der Samen jetzt aufging, feststellen mußte, daß es nur Brei aus dem ist. Die Nachbarschaft des Diebes hat den Langfinger schon seit mehreren Monaten beobachtet und amüsiert sich nun über den „Verfall“.

Braubach, den 1. Juli.

! Jubiläum. Heute begehen die Eheleute Fuhrunternehmer Gg. Hammes das Fest ihrer silbernen Hochzeit. Die Polizeiverwaltung macht der Öffentlichkeit bekannt, daß Sommerfrischer, Kurgäste und anderen Personen, die nur vorübergehend in der Stadt Aufenthalt genommen haben, der fernere Aufenthalt untersagt werden kann, wenn sie die Allgemeinerfahrung mit Nahrungsmitteln gefährden.

Aus Nah und fern.

! Ein hiesiger Gartenbesitzer, dem nächtlicherweise fortgesetzt Gemüse und dergleichen gestohlen wurde, legte sich in einer der letzten Nächte auf die Lauer. Es dauerte auch nicht lange, da kam der Dieb mit seiner Wad über die Mauer geklettert, wurde erkannt und wird vor Gericht seine nächtlichen Spaziergänge zu rechtfertigen haben.

! Montabaur, 30. Juni. Mit dem Flugzeug abgestürzt ist am Samstag Abend gegen 7 Uhr in der Nähe von Montabaur der amerikanische Hauptmann Walter Schulze aus Chicago von der 138. Flieger-Abteilung. Er war über den Westerwald geflogen, um den dort stehenden Truppenteilen durch Herabwerfen von Zeitungs-Sonderblättern die Nachricht von der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu überbringen. Der Motor bekam einen Schaden, und das Flugzeug fiel aus beträchtlicher Höhe zu Boden. Hauptmann Schulze starb alsbald an den schweren Verletzungen, die er hierbei erlitten hatte.

! Limburg, 30. Juni. In der vergangenen Woche kam ein seit August 1914 vermißter und totgeglaubter hiesiger Krieger frisch und gesund wieder in seiner Heimat an. Er war bei dem ersten Gefecht in Gefangenschaft geraten. Aus dieser konnte er sich mit noch einem Kameraden durch die Flucht retten. Sie fanden beide bei einem französischen Bauer Unterkunft, bei dem sie als Zivilisten arbeiteten. Aber trotz guter Aufnahme regte sich doch schließlich das Heimweh bei ihnen, und sie begaben sich auf den Weg nach ihrem Heimatland, das sie glücklich, wenn auch mit vielen Hindernissen, erreichten.

! Dillenburg. Den Post zum Gärtner gemacht hatte man in den Wachleuten Ernst Paff, Karl Hafer und Aug. Bayer von hier, die ihr Amt als Wachposten am Bahnhof dazu mißbraucht haben, die Güterwagen zu bestehlen. Man fand bei ihnen eine große Anzahl Schuhe, die vor einigen Wochen aus einem Wagen gestohlen worden waren, bei Hafer außerdem Wehl, das wahrscheinlich von einem Diebstahl in der Wächterschen Mühle herrührt.

! Lorch. Bürgermeister Pnischel aus Elz ist nach dem „Mainzer Anzeiger“ zum Bürgermeister der Stadt Lorch gewählt worden. Pnischel stammt aus Kreuznach und war in früheren Jahren dort bei der Stadtverwaltung informatorisch tätig.

! Kattig, 30. Juni. Hier ist ein Knabe von 10 Jahren nach dem Genuß von unreifen Stachelbeeren gestorben.

! Bonn, 29. Juni. Das Kloster Heisterbach im Siebengebirge ist, wie die hiesige Reichszeitung erfährt, endgültig in den Besitz der Augustinerinnen in Köln übergegangen. Die Verführung, es werde die althergebrachte Chorruine der Öffentlichkeit nun nicht mehr zugänglich sein, ist nicht begründet. Der Zutritt solle vielmehr frei bleiben. Auch die Wirtschaft werde weitergeführt.

! Wiesdorf, 30. Juni. In der Sitzung des Gemeinderates verhandelte der Bürgermeister das Ende der „geborenen“ Gemeinderatsmitglieder. Er teilte mit, daß durch Verfügung der Reichsregierung die „Meistbegünstigten“, die, ohne gewählt zu sein, auf Grund ihres Besitzes dem Gemeinderat angehören, nunmehr ausscheiden müssen.

! Aus der Gifel, 30. Juni. Ein Ueberfluß an Schlachtvieh, namentlich Schlachtochen, macht sich in vielen Ortschaften der Gifel bemerkbar nach dem Abbau der Zwangswirtschaft. Viele Bauern haben zwei bis drei Koppel Ochsen die bis dahin als Fuhrrosen Zugtiere erlegten. Der Ochsenhandel ist flott im Gange. Bezahlt wird für das Pfund Lebendgewicht 2 bis 3 Mark ein Preis, den auch die Schleich- und Schwarzhändler bezahlt haben. Bei Ablieferung an den Viehhandelsverband erhielten die Bauern 90 Pfg. für das Pfund.

! Gummerbach, 29. Juni. Bürgermeister Reipen von Nimbrecht ist auf der Jagd von einem Wilderer erschossen worden.

! Saarbrücken, 30. Juni. Die große Wohnungsbeschäftigung hat nunmehr eingelegt. Wohnräume, Fabriken, Lagerräume, Werkstätten u. dgl., deren Wohngelegenheiten nicht vollkommen ausgenutzt sind, können beschlagnahmt werden. Personen von auswärts können nur mit Genehmigung des Mietsamtes eine Wohnung in der hiesigen Stadt in Benutzung nehmen. Für die kommenden Wochen nimmt das Mieteinigungsamt keine Kündigungen von Wohnungen mehr an.

Letzte Nachrichten.

Paris, 29. Juni. Clemenceau hat dem Vorsitzenden der deutschen Friedensabordnung nachstehendes Schreiben zugehen lassen:

Herr Vorsitzender! Ich habe die Ehre, Ihnen die förmliche Zusicherung zu geben, daß der gedruckte Wortlaut des Friedensvertrages, welcher den deutschen Bevollmächtigten gleichzeitig mit den Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Mächte zur Unterschrift vorgelegt werden wird, in allen Punkten mit dem Wortlaut identisch ist, welcher am 21. Juni 1919 Ihnen überreicht wurde, abgesehen von den Korrekturen, deren Liste Ihnen am 24. Juni zugestellt wurde und von den Abänderungen, welche in der Liste der Bevollmächtigten vorgenommen werden mußten. Beistehend beehre ich mich, Ihnen ein Exemplar des Textes des Friedensvertrages und der beiden Dokumente, welche ihn ergänzen, das heißt, Protokoll und Abkommen bezüglich des Rheinlandes, zukommen zu lassen. Diese Texte wurden mit denselben Sachmitteln, Formen und Lettern gedruckt, wie die für die Unterzeichnung bestimmten Instrumente. Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Clemenceau.

Verhandlungen über die Rheinlande.

Paris, 29. Juni. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau richtete gestern folgende Note an den Gesandten v. Daniel:

Paris, 27. Juni 1919. Herr Vorsitzender! Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Delegation bezüglich des Abkommens über die Rheinlande vom 27. Juni geprüft; sie nehmen davon Notiz, daß die deutsche Delegation die Vollmacht zur Unterzeichnung dieses Abkommens am festgesetzten Datum erhalten wird. Sie haben nichts dagegen einzuwenden, daß nach der Unterzeichnung Verhandlungen angebahnt werden, um zum Besten der Interessen der verschiedenen Teile eine Anzahl Fragen zu regeln, welche von der deutschen Delegation aufgeworfen werden können.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Zusicherung meiner vorzüglichen Hochachtung. gez. Clemenceau.

Die Bege der Unabhängigen.

Berlin, 30. Juni. Heute hielt der Bezirksverband der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei 26 Versammlungen ab, in denen die bekanntesten Führer und Redner über das Thema „Das arbeitende Volk und die Regierung“ sprachen. Man schätzte die Zahl der Teilnehmer auf mehr als 50 000 Personen. Der Führer Hugo Haase wandte sich in einer dieser Versammlungen in scharfen Worten gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, die ihr Wort von Frieden, Freiheit und Brot nicht eingelöst habe. Daß der Friede in der heutigen Form erreicht sei, sei ein Verdienst der Unabhängigen Partei.

Ein republikanischer Offizier- und Unteroffizierbund.

Berlin, 30. Juni. Die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten schreiben, die Vorgänge der letzten Tage im Offizierkorps, die zur Entlassung einer Anzahl von Kommandeuren führten, hätten eine beachtenswerte Gegenwirkung gezeitigt. Unter dem Namen „Republikanischer Führerbund“ sei eine Bewegung im Gange, die den Zusammenschluß aller Führer und Unterführer bezwecke, die ehrlich auf dem Boden der Republik stehen. Der Republikanische Offizier- und Unteroffizierbund wolle die Regierung gegen jeden gewalttätigen Umsturz schützen, komme er von rechts oder links.

Erleichterungen im Verkehr mit den besetzten Gebieten.

Berlin, 30. Juni. Die durch den automatischen Ablauf des Waffenstillstandes von besonderer Bedeutung gewordene Frage des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbefetzten deutschen Gebiet wurde kürzlich deutscherseits bei der französischen Mission in Spa zur Sprache gebracht. Der französische Stabschef erklärte, es seien für die nächste Zeit weitgehende Verkehrsvereinfachungen in Aussicht genommen, doch sei eine Entscheidung bisher noch nicht gefallen. Der Verband werde sicher bereit sein, amtliche Reisen ins besetzte Gebiet, die bisher großen Beschränkungen unterlagen, nach Möglichkeit zu erleichtern. Man müsse aber von alliierter Seite unterrichtet sein, welche Personen von der deutschen Regierung in das besetzte Gebiet entsandt werden. Um jedoch eine beschleunigte Paketverteilung zu ermöglichen, beabsichtigt man, die von der deutschen Regierung ausgefüllten Pässe an General Dupont in Berlin richten zu lassen, der von den alliierten Regierungen bevollmächtigt werden soll, sie zu prüfen und zu visieren. Eine ähnliche Regierungsstelle soll bei der französischen Kommission in Frankfurt-Wiesbaden eingerichtet werden. Die Pässe für alliierte Angehörige, die nach dem nichtbesetzten Deutschland einreisen wollen, sollen entsprechend von der deutschen Kommission in Versailles bzw. von der deutschen diplomatischen Vertretung in Paris visiert werden. Die französische Mission erklärte, sie hoffe die Entscheidung über den Verkehr mit dem besetzten Gebiet in zwei bis drei Tagen herbeiführen zu können.

Erneuter Einmarsch der Truppen in Hamburg.

Hamburg, 30. Juni. Der Kommandant von Groß-Hamburg, Lampl, ist für die Dauer der Hamburger Reichsrevolution zum Kommissar der Reichsregierung in Hamburg ernannt worden. Es ist damit zu rechnen, daß er auf seinen alten Posten nicht zurückkehrt, sondern daß an seiner Stelle nach Bildung einer Reichstruppe in Hamburg ein neuer, dem Parteiwesen neutral gegenüberstehender Kommandant unter gleichzeitiger Umbildung der noch stark von parteipolitischen Revolutionskriechen durchsetzten Kommandantur ernannt werden wird. Lampl, der früher Volksschullehrer war, ist sozialdemokratischer Parteimitglied. Die Mannschaften der Volkswehr in Hamburg sind bis Ende Juli, bis wohin die Truppe aufgelöst sei, ausgestellt worden. Der Einmarsch der Reichstruppen ist auf heute Dienstag früh, festgesetzt.

Karlsruhe, 30. Juni. Die Botschaft Information meldet aus Paris: Die Zahl der von Deutschland auszuführenden Personen beträgt über 180 Militärs und 30 Zivilpersonen. Unter den Militärs befinden sich viele höhere Offiziere, die Kommandanten von Kriegsgefangenenlagern waren, sowie ihre Adjutanten. Die Zivilisten sind in der Hauptsache Verwaltungsbeamte, die in dem besetzten Gebiet, vornehmlich in Frankreich und Belgien, gegen die Einwohner Maßnahmen getroffen haben sollen, die angeblich gegen das Völkerrecht verstießen. Da die Liste erst 4 Wochen nach der Unterzeichnung überreicht wird, dürfte die Zahl der verlangten Personen sich noch erhöhen.

Saag, 28. Juni. Wahrscheinlich werden auch in die Gebiete, in denen Volksabstimmungen vorzunehmen sind, amerikanische Besatzungen gelegt werden. Inzwischen fährt General Pershing vor, Vorbereitungen für den Rücktransport von 400 000 Mann amerikanischer Truppen im Juli zu treffen. Man glaubt, daß Ende August ziemlich alle amerikanischen Soldaten in die Heimat zurückgekehrt sein werden, mit Ausnahme einer kleinen Besatzungsarmee für das Rheinland.

Der Straßenbahnerstreik.

Berlin, 30. Juni. Die Abstimmung der Straßenbahner hat eine Mehrheit von 90 v. H. für den Eintritt in den Streik ergeben. Die Arbeit wird heute nacht um 12 Uhr niedergelegt, so daß morgen früh Berlin wieder ohne Verkehrsmittel sein wird. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 23 000; sie umfaßt auch die technischen und kaufmännischen Angestellten aller Berliner Verkehrsunternehmen. Wahrscheinlich wird die Hochbahn in den Streik eintreten, vermutlich auch die Stadt- und Ringbahn, doch haben die Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke, die zu einem Sympathiestreik veranlaßt werden sollten, diesen abgelehnt.

Ein schweres Erdbeben in Italien.

Schweiz, Grenze, 30. Juni. Toskana wurde, wie der Schweizerische Presse-Telegraph meldet, gestern Sonntag, von einem schweren Erdbeben heimgesucht. In den verschiedenen Gegenden wurden den ganzen Tag nicht weniger als 15 Erdstöße verspürt. Fernsprech- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen, so daß nur vereinzelt Mitteilungen über den angerichteten Schaden eintreffen. Am schwersten scheinen die Provinzen Florenz, Siena und Arezzo betroffen worden zu sein. Es wurden bis jetzt ungefähr 100 Tote und einige hundert Verwundete gemeldet.

Zur Vermögensabgabe.

In Verbindung mit Nachrichten über die Verpflichtung zur Aufstellung eines Vermögensverzeichnis taucht immer wieder in der Presse die Meinung auf, daß dieses Verzeichnis die Grundlage auch für die kommende Vermögensabgabe bilden werde. Dazu wird bemerkt, daß es kaum richtig sei, dies anzunehmen, denn das Verzeichnis enthalte als Stichtag den 31. Dezember 1918; inzwischen sei aber lange Zeit verstrichen, und einerseits seien sowohl die Verluste entstanden, andererseits neue Gewinne eingetreten. Der neu festzulegende Stichtag sei aber noch nicht bestimmt. Damit sei aber nicht gesagt, daß die große Vermögensabgabe nicht kommen werde. Es bleibt im Gegenteil dabei, daß der Entwurf womöglich der Nationalversammlung im Juli zugehen solle.

Prämien bei der militärischen Entlassung.

Berlin, 26. Juni. Wie wir hören, hat der Reichsfinanzminister genehmigt, daß an die Mannschaften der vorläufigen Reichswehr und an Unteroffiziere, soweit sie nicht dem aktiven Offizierkorps angehört haben, Vollprämien bei ihrer Entlassung gezahlt werden und zwar: nach einer Dienstzeit von 6 Monaten 100 Mark, für jeden Monat weiter 50 Mark bis zum Höchstbetrage von 1000 Mark. Mit dieser Hilfe soll den Leuten bei etwaigem Uebertritt in Zivilstellungen eine gewisse Sicherung für die Uebergangszeit gewährt werden. Für die ehemaligen aktiven Offiziere wird durch besondere Gesetzgebung für diesen Zweck das Mögliche gechehen.

Notlage im Westerwälder Steinbruch-Gewerbe.

Bereits seit längerer Zeit werden den Basalt-Steinbrüchen des Westerwaldes von der Frankfurter Eisenbahndirektion so wenig Eisenbahnwagen gestellt, daß alle Lager überfüllt sind und demnach, wenn nicht schnelle Hilfe kommt, umfangreiche Arbeiterentlassungen vorgenommen werden müssen. Die Betriebe erhalten kaum 25 v. H. der Wagen gestellt, die sie für die Ausführung der dringendsten Aufträge nötig hätten. In den Verbrauchsgebieten müssen ebenfalls Arbeiter entlassen werden, weil es an den nötigen Steinen fehlt: in den Steinbrüchen aber liegen große Mengen von Steinen fest, die nicht weggeschafft werden können. Für die dortigen, von Entlassung bedrohten Arbeiter ist diese Sache um so unangenehmer, weil es in diesen industriearmen und weniger fruchtbaren Steinbruch-Gegenden andere Arbeitsgelegenheit kaum gibt. Die beteiligten Steinarbeiter-Verbände haben sich in einer telegraphischen Eingabe an den Eisenbahnminister gewandt, da alle Maßnahmen der Steinbruch-Besitzer selbst, in Frankfurt Besserung zu erreichen, ohne nachhaltigen Erfolg geblieben waren.

Bekanntmachungen.

Um Gesundheitschädigungen vorzubeugen, wird dringend darauf verwiesen, amerikanischen Speck und Schweinefleisch in ungekautem Zustande zu genießen. Oberlahnstein, den 30. Juni 1919.

Der Magistrat: de Boys.

Ein silbernes Halskettchen

ist als Fundstück hier abgegeben worden.

Oberlahnstein, den 30. Juni 1919.

Die Postverwaltung.

Kirchenchor „Cäcilia“. Mittwoch, den 2. Juli er. abends 8 1/2 Uhr:

Gesangunterricht

für den ganzen Chor in der Ratschule. [1207]

Feinstes Kartoffelmehl und Perlsgago empfindlich [1196]

Wilh. Frömbgen

Fußbodenöl (Mineralöl) empfindlich

Franz Diehl, St. Goarshausen.

Neu! Rattapan Neu! Der Ideal-Bazillus der Zukunft mit Witterung v. Röder. Schützt eure Saatgut und Lebensmittel gegen Ratten! Schützt eure Felder gegen Mäuse und Hamster! Schützt euer Haus gegen Schwaben usw.! Verwendet nur das von der Regierung und allen Behörden glänzend bewährte Vertilgungsmittel „Rattapan“! Kein lästiges Ansehen, sondern fix u. fertig zum Ausstreuen. Für Haustiere usw. absolut unschädlich. Preis für Ratten und Mäuse 4 Mk., für Schwaben usw. 2 Mk. Man verlange Preisliste durch:

L. W. Heuser, [1091] Grenzhausen, Rheinstraße 61. Generalvertreter u. Niederlage.

Wird Dachpappe Carbolineum empfindlich

Martin Zell

Safenstraße 6.

Carbolineum (Friedensqualität) empfindlich

Franz Diehl, St. Goarshausen.

Guter Echter Kautabak eingetroffen

Wilh. Kadosch, St. Goarshausen

— Babusastraße 124 —

Zu verkaufen: Häuser, Villen, Landstücke, Bauplätze, Fabriken, Ziegeleien, Schwemmschleusenfabriken

C. Kleobank, Coblenz, Schloßstr. 23 I.

Geld in jeder Höhe monatlich Rückzahlung verleiht sofort

H. Blume & Co., Hamburg 5.

Nachruf.

Am Mittwoch, den 25. d. Mts. ging einer unserer ältesten Mitarbeiter Herr

Obersteiger Schmidt,

zuletzt Betriebsleiter unserer Lagerhausgesellschaft und unseres Hafenplatzes zu Oberlahnstein in seine bessere Heimat hinüber. Der nunmehr Verewigte war ein Vorbild deutscher Treue und deutschen Fleißes. Bis zu seinem Todestage im hohen Alter von 77 Jahren hat er rastlos und in seltener vorbildlicher Hingebung seines ihm übertragenen Amtes gewaltet. 37 Jahre war er als Bergmann tätig, davon hat er uns 47 Jahre seine besten Kräfte gewidmet und in den verschiedensten verantwortungsvollen Stellen hervorragendes geleistet. Mehr noch als der kluge und erfolgreiche Beamte war er ein zuverlässiger Freund, zu uns stehend in guten und schlimmen Tagen und das Wohl-ergehen seiner Firma als seine höchste Pflicht betrachtend.

In tiefer Dankbarkeit schauen wir ihm darum nach, und sein Gedächtnis wird unter uns in Ehren bleiben.

Weilburg, den 27. Juni 1919

Kruppsche Bergverwaltung.

[1201]

Tüchtiges Putzmädchen

für vormittags gesucht [1197] Deutsches Haus, D.-Lahnstein.

Mädchen

empfehlen sich im Wägen in und außer dem Hause. [1144] Schulstraße 3.

Ein braves Mädchen

gesucht Konditorei Rasch. Selbiges kann auch Gäste mit bedienen helfen. [1206]

Rand- und Gastwirt sucht für seinen frauenlosen Haushalt

älter. Fräulein

zur Führung des Haushalts, welches auch in der Wirtschaft tätig sein muß. Offert. erbeten an Ph. Hell, Niederwallmenach bei Rastatten. [1198]

Haus

möglichst Eckhaus mit großem Keller, Hof oder Garten zu kaufen gesucht. Off. unt. Nr. 1206 a. d. Geschäftsst. [1195]

Guterhaltene Handnähmaschine

schwarze Ledertasche für Eisenbahner geeignet, zu verkaufen. Offert. 33 II [1185]

Ein Paar fast neue Gebirgsschuhe

(Größe 41) zu verkaufen oder gegen Größe 42-43 zu vertauschen gesucht. Wo, f. d. Geschäftsstelle. [1195]

Große guterhaltene Dezimalwaage

(1000 Kilo wiegend) sowie kleine gebrauchte

Reißbiegmaschine

preiswürdig zu verkaufen. Schlosserei Franz Helmund, Niederlahnstein. [1209]

Ein Schlafzimmer

mit 2 Betten zu verkaufen, Näh. Niederlahnstein, Hochstr. 3.

Einzelne Person sucht 2-3-Zimmer-Wohnung

per sofort oder später. Zu erfragen i. d. Geschäftsst. [1140]

Die Stelle eines Verwaltungs-Assistenten

ist neu zu besetzen. Bewerber, nicht unter 24 Jahren, müssen völlig selbstständig alle Büroarbeiten einer Bürgermeisterei (3000 Einwohner) erledigen und sicher im amtlichen Verkehr mit dem Publikum sein.

Gehalt 2400 Mk., steigend bis zu 3200 Mk., alle zwei Jahre um 200 Mk. Teuerungszulagen wie die Staatsbeamten.

Meldungen mit Zeugnisabschriften erbeten bis 10. Juli an Militärämtern haben den Vorzug.

Hattersheim, (Kreis Höchst a. M.), 27. Juni 1919. Der Gemeindevorstand.

Kostüm-Röcke

in schönster Ausführung und guten Stoffen empfiehlt

Rudolf Neuhaus, Brandach.

Bekanntmachung!

Alle Hausfrauen, die darauf bedacht sind, stets eine blendend weiße Wäsche zu erhalten, verwenden nur noch

Schmitz-Bonn's

Wasch- u. Bleichhülfe

Garantiert unschädlich.

Endgültig genehmigt vom Kriegsausschuss unter Nr. 2503.

In Paketen zu 30 Pfg. überall erhältlich.

Alleinige Hersteller:

Schmitz-Bonn Söhne

chem. Fabrik Düsseldorf-Reisholz.

St. Goarshausen u. Umgebung!

Um eine geregelte ständige Verbindung mit unseren Abonnenten und Geschäftsfreunden in der Kreisstadt zu unterhalten, haben wir in St. Goarshausen eine Zweigstelle errichtet und diese dem Herrn

Kaufmann Ph. Dillenberger

Bahnhofstrasse 124

übertragen.

Freunde unserer Zeitung werden gebeten, Abonnements, Anzeigen, Drucksachen etc. obiger Zweigstelle im Auftrag zu geben.

Redaktion und Verlag des Lahnsteiner Tageblatt.

Bringmaschine

Freibewehrung wenig gebt, ferner großes Stehpult

mit unterem Schrank zu verkaufen. Näheres: Niederlahnstein, Brückenstraße 7. [1208]

Kleine Schoßhunde

zu kaufen gesucht. Coblenz, Friedrichstraße 56. [1199]

Rosshaare

zu verkaufen. Niederlahnstein, Brückenstr. 4. [1062]

Ein Milchschaf

mit Lamm zu verkaufen. Niederlahnstein, Langgasse 24. [1144]

6 schöne 5 Wochen alte Serfel

zu verkaufen bei Karl Chr. Maus, Piersberg, Haus Nr. 83. [1200]

Eine feststehende Glucke

zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle. [1201]